

Gewalt gegen JVA-Bedienstete nimmt zu

Gefängnisse: In NRW ist die Zahl radikaler und ausländischer Gefangener deutlich gestiegen. Überbelegung, Kommunikationsprobleme und zunehmend aggressives Verhalten belasten die Justizvollzugsbeamten

Von Carolin Nieder-Entgelmeier

■ **Düsseldorf/Bielefeld.** In den 36 Justizvollzugsanstalten in NRW kommt es immer häufiger zu Übergriffen auf die Bediensteten. Auch die Zahl der Selbstverletzungen und Sachbeschädigungen steigt. Der Bund der Strafvollzugsbediensteten in NRW schlägt Alarm, weil immer mehr Gefangene zur Durchsetzung ihrer Interessen Gewalt anwenden. Diese Einschätzung bestätigen sowohl das NRW-Justizministerium als auch JVA-Leiter aus OWL.

Die meisten Probleme bereitet den JVA-Bediensteten der Arabisch sprechende Teil der Gefangenen, insbesondere Häftlinge aus den sogenannten Maghreb-Staaten. Beklagt werden neben Gewaltausbrüchen und Selbstverletzungen vor allem Randalen, Respektlosigkeiten und Beleidigungen, insbesondere gegenüber Frauen.

„Häftlinge schütten Bediensteten Urin ins Gesicht“

„Vor allem Männer, die es nicht gewohnt sind, dass ihnen Frauen Grenzen aufzeigen, reagieren aggressiv“, bestätigt der Sprecher des Justizministeriums, Detlef Feige. „Bei Ausbrüchen renitenter Häftlinge kommt es sogar vor, dass sie ihre Hafräume mit Essen oder Kot verschmutzen oder JVA-Bediensteten beim Aufschließen der Zelle Urin ins Gesicht schütten.“

Ausbrüche wie diese kennt auch der Leiter der JVA Bielefeld-Brackwede, Uwe Nelle-Cornelsen. „Renitente Gefangene sind kein neues Phänomen, doch die aktuellen Verhaltensauffälligkeiten haben eine neue Qualität.“ Auffällig seien vor allem überzogene Reaktionen wegen Nichtigkeiten, sagt Nelle-Cornelsen und berichtet von einer Überreaktion am 23. Dezember. „Weil der Wunsch eines Häftlings, sofort zu duschen, nicht unmittelbar umsetzbar war, hat er mit einem Stuhl eine Scheibe zerschlagen und die Kollegen mit einer Glasscherbe bedroht.“ Die Konsequenz: Der Häftling sitzt in einer besonders gesicherten Zelle.

Auch im Jugendstrafvollzug bereiten Arabisch sprechende Gefangene den Bediensteten große Probleme, erklärt der stellvertretende Leiter der JVA Herford, Heinz Herbert Droste. „Die reniten-



Alltag im Gefängnis: Justizvollzugsbedienstete werden immer häufiger Opfer von Übergriffen.

FOTO: DPA

Justizvollzugsanstalten in OWL und Integrationsstellen

◆ Die JVA Bielefeld-Brackwede ist die einzige Anstalt des geschlossenen Vollzugs für Frauen und Männer in OWL. Die JVA, in der 482 männliche und 69 weibliche Gefangene untergebracht werden können, zählt zu den fünf Gefängnissen in NRW, die einen verstärkt gesicherten Haftbereich für gefährliche Gefangene haben.

◆ Die JVA Detmold ist ebenfalls für den geschlossenen Strafvollzug ausgelegt. In der JVA mit 160 Plätzen sind insbesondere Strafgefangene mit langen Freiheitsstrafen inhaftiert.

◆ Die JVA Bielefeld-Senne ist mit 1.623 Haftplätzen

für Männer und 53 Haftplätzen für Frauen die größte Anstalt des offenen Vollzugs für Männer und Frauen in Europa. Die JVA hat zwei Hafthäuser in Bielefeld und 16 Außenstellen in den Kreisen Gütersloh, Paderborn und Warendorf.

◆ Die JVA Hövelhof ist eine Jugendstrafanstalt des offenen Vollzugs mit 232 Plätzen und einer räumlich getrennten, geschlossenen Pflegeabteilung mit 29 Plätzen.

◆ Die JVA Herford ist mit 355 Haftplätzen die größte der vier Strafanstalten des geschlossenen Vollzugs für Jugendliche in NRW. In der JVA werden Untersu-

chungsgefangene zwischen 14 und 21 Jahren ebenso untergebracht wie Gefangene zwischen 14 und 24 Jahren, die eine Jugendstrafe verbüßen müssen.

◆ Um Probleme, insbesondere mit arabischen Gefangenen, zu lösen, hat das Land NRW in jeder JVA eine Integrationsstelle eingerichtet. Das Justizministerium stellt zudem bis Januar vier Islamwissenschaftler ein, die Mitarbeiter unter anderem zu den Themen Radikalisierung und Extremismus schulen. Zudem kooperieren auch die Gefängnisse in OWL mit islamischen Vereinen und Imamen.

ten Gefangenen gehen davon aus, dass sie mit Überreaktionen ihre Interessen durchsetzen können, doch wir lassen uns nicht erpressen.“

In Extremfällen wie am 23. Dezember kommen in Gefängnissen wie der JVA Bielefeld-Brackwede mit verstärkt gesicherten Haftbereichen sogenannte Schutztruppen zum Einsatz. „30 von knapp 300 Bediensteten absolvieren in regelmäßigen Abständen Weiterbildungen, die sie auf den Umgang mit gefährlichen Häftlingen vorbereiten“, erklärt Nelle-Cornelsen. „Je nach Einsatz tragen sie Schutzausrüstungen, um Verletzungen zu verhindern.“ Bei Zugriffen wird der Alltag im Strafvollzug unterbrochen, alle Häftlinge müssen in ihre Zellen. „Deshalb gibt es auch von anderen Gefangenen heftige Beschwerden über die renitenten Häftlinge.“

Ein weiteres Problem sind Sprachbarrieren. Bei der Einstellung von JVA-Personal wird deshalb zunehmend auf Bewerber mit Sprachkenntnissen gesetzt, doch in allen 36 NRW-Justizvollzugsanstalten gab es zum Stichtag 1. August 2016 lediglich 14 Arabisch sprechende Bedienstete. „Es gibt Anstalten mit Insassen aus mehr als 20 Nationen“, erklärt Feige. Am häufigsten werden arabische Dolmetscher angefordert. „In den Anstalten gibt es regelmäßige Dolmetscher-Termine. Zudem können Dolmetscher auch bei akuten Problemen angefordert werden.“ Doch nicht immer kann noch am selben Tag ein Dolmetscher organisiert werden. „Das führt oft zu Sprachproblemen, die den Alltag erheblich erschweren“, erklärt der Leiter der JVA Detmold, Oliver Burlage.

Erschwert wird die Arbeit laut Nelle-Cornelsen auch durch Überbelegung. Das Justizministerium spricht hingegen von einer entspannten Lage. „Derzeit sind rund 15.700 Menschen in Haft. Die Belegungsfähigkeit liegt bei mehr als 18.000“, so Feige. Diese Durchschnittswerte spiegeln laut Nelle-Cornelsen jedoch nicht die Schwierigkeiten im geschlossenen Vollzug wider, weil die Belegungszahlen im Jugend- und im offenen Vollzug entspannter sind. In der JVA Bielefeld-Brackwede sind fast alle Plätze belegt; in der JVA Detmold 94 Prozent. Die Gefängnisse in Gelsenkirchen, Kleve, Dortmund und Duisburg sind laut Feige sogar überbelegt, trotz Weihnachtsamnestie und Transportstopp bis Januar.